

Andreas Siemoneit, Juli 2012:

Zusammenfassung von:

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft. Metropolis-Verlag, 2010.

Sammelband: Das Buch enthält Beiträge (Artikel) von und Interviews mit insgesamt 18 Autorinnen und Autoren. Zum Buch gibt es eine Webseite mit Blog und lebhafter Diskussion: blog.postwachstum.de.

Vorwort und Dank der Herausgeberinnen

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

- [9] Trotz offensichtlicher Endlichkeit der Welt und wider wissenschaftliche Erkenntnisse halten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an der Wachstumsorientierung fest. Es wurden gesellschaftliche Systeme geschaffen, die das Wachstum einerseits antreiben und andererseits darauf angewiesen sind, die somit strukturelle Widerstände bilden. Die Debatte über die Postwachstumsgesellschaft will diese Zwänge überwinden und andere Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen.

Geleitwort

Bundespräsident a. D. Horst Köhler

- [13] Es ist nicht nur für Ökonomen, sondern für alle Menschen schwierig, sich vorzustellen, wie unsere Gesellschaft ohne Wachstum funktionieren kann. Aber wir müssen Selbstverständliches hinterfragen und den Blick auf Alternativen richten. Möglicherweise werden sich spätere Generationen über die heutige Phase der Wachstumsgläubigkeit wundern.

Anliegen des Buches und Übersicht

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

- [17] Grundannahme: In Industrieländern müssen wachstumsfördernde und -abhängige Bereiche und Institutionen umgestaltet werden, um das Ziel ständigen Wirtschaftswachstums aufgeben zu können. Ansätze, Diskussionen, Vorschläge und Erfahrungen aufzeigen, Impulse für Forschung, Entwicklung und Praxis geben.
- Zu Beginn zwei einführende Artikel, dann Artikel zu den Fachthemen, zum Abschluss vier Interviews, die den Blick über Deutschland hinaus richten. Kleiner Ausblick.

Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

- [23] Eine mögliche Erklärung für das Festhalten von Politik und Wirtschaft am Wirtschaftswachstum liegt darin, dass zentrale Gesellschafts-, Politik- und Wirtschaftsbereiche sowie Institutionen existentiell auf ständiges Wachstum angewiesen sind und somit auch verteidigt werden.
- [26] Kurzer Abriss über die deutsche und internationale Debatte über Wachstum, seine negativen Folgen und demgegenüber die immer wieder „durchbrechende“ Wachstumsorientierung der Politik, mit markanten zeitlichen Brüchen (Ölpreisschock, Mauerfall).
- Der Artikel enthält vier kurze Exkurse zu den Themen: Wachstumsdefinition und -messung, Nachhaltigkeit, BIP-Kritik, Kennzeichen der Postwachstumsgesellschaft.
- [30] Argumente für einen Paradigmenwechsel:
 - Wirtschaftswachstum verursacht ökologische Probleme und verhindert ihre Lösung (Stichwörter absolute/relative Entkopplung, Rebound-Effekte, „Grünes Wachstum“)
 - Bereits seit den 1970er Jahren erfüllt Wirtschaftswachstum viele Versprechen als Problemlöser nicht mehr (Stichwörter Glücksforschung, Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftliches Wohlbefinden, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung)
 - Übergang zur Postwachstumsgesellschaft vorgezeichnet (Stichwörter Sättigungstendenzen des Wachstums, staatlicher Interventionismus, demografische Entwicklung kann durch Arbeitsproduktivität nicht aufgefangen werden)

Wachstum oder Niedergang: ein Grundgesetz der Geschichte?

Joachim Radkau

- [37] Gibt es in der Geschichte nur die Alternative Wachstum oder Niedergang? Ist der Mensch gezwungen, immer wieder die Grenzen zu überschreiten und zu scheitern? Oder gibt es auch andere Lesarten der Geschichte, hat es Phasen des Gleichgewichts gegeben?
- Nachhaltigkeit wird zum Begriff und Politikum erst dort, wo sie nicht mehr selbstverständlich ist. Der Begriff entstand im Umfeld der größten Holzverbraucher des 17. und 18. Jh.: Berg- und Hüttenwesen. Ähnlich

verhält es sich mit dem Begriff Wachstum, der auch erst politisch wurde, als das organische, begrenzte Wachstum „überwunden“ wurde. Am Holzverbrauch und dem Verlust von Wäldern machten sich erste „Wachstumsdebatten“ fest.

- [39] Zufriedenheit mit wenig und eine „glückliche Bescheidenheit“ haben zu allen Zeiten das Leben der einfachen Leute geprägt. Dennoch haben sich Ökonomen früh mit Wachstumsgedanken und begrenzten Ressourcen beschäftigt: Thomas Malthus mit dem scheinbar „unabänderlichen“ Bevölkerungswachstum, Adam Smith mit Verteilungsfragen, die ein wachsender Kuchen leichter mache, Stanley Jevons und Max Weber mit apokalyptischen Bildern jenseits des letzten Zentners verglühter Kohle, Marx mit der unendlichen Akkumulation von Kapital bis zum Untergang des Kapitalismus.
Der freie Markt kann nur mit der Begrenztheit von *erneuerbaren* Ressourcen einigermaßen umgehen, *nicht-erneuerbare* Ressourcen sind zu abstrakt und zu verborgen.
- [42] Unter den ökonomischen Klassikern gab es eine berühmte Ausnahme, John Stuart Mill, der eine Gleichgewichtsökonomie nicht nur nicht fürchtete, sondern befürwortete, weil er erkannte, dass Wachstum in aller Regel von Wettlauf und Kampf begleitet ist und schon Wachstums*chancen* eine hektische Gier stimulieren.
- Die gängigen Argumente für Wachstum lassen sich in vier Linien zusammenfassen:
 - Sozialpolitisch (wachsender Kuchen = mehr für alle). Allerdings läuft die Schere national und international auseinander.
 - Psychologisch (ohne Wachstum kommen die Investitionen zum Erliegen). Keynes hat auf dieser Argumentation seine ganze Lehre aufgebaut, in der er Staatsinterventionen fordert, um Wachstum zu stimulieren (oder vorzugaukeln).
 - Technologisch (technologisch bedingte Arbeitslosigkeit lässt sich nur durch Wachstum auffangen).
 - Unternehmenspolitisch (ein zurückhaltender Unternehmer kann sich nicht halten, sondern geht im Konkurrenzkampf unter). Beim Platzen von Blasen wird diese Regel allerdings oft konterkariert, da sind es die Maßvollen, die gewinnen.
- [45] Es gibt noch andere trügerische Theorien: Die Sektoretheorie von Fourastié („Dienstleistungen sind die Rettung“), Entmaterialisierung durch Digitalisierung („papierloses Büro“), Entkopplung (Effizienzgewinne, die durch Reboundeffekte aufgeessen werden).
- Die Wirtschaft allein wird das Wachstumsdilemma nicht lösen, dazu bedarf es der Politik. Das wird keine einfache Diskussion werden. Aber bereits Ludwig Erhard wies darauf hin, dass Wohlstand insbesondere auch eine nichtmaterielle Seite habe. Und vielleicht wird es auch nicht die große Politik sein, die Lösungen bringt, sondern kleine, regionale Ansätze.

Alterssicherungssysteme: Doppelte Herausforderung von demografischer Alterung und Postwachstum

François Höpflinger

- [53] Geringes Geburtenniveau führt zu einer „demografischen Alterung von unten“, Erhöhung der Lebenserwartung zu einer „demografischen Alterung von oben“. Somit müssen *mehr* Renten *länger* ausgezahlt werden, von immer weniger Erwerbstätigen erwirtschaftet. Bislang galt Wirtschaftswachstum als „Lösung“, weil es höhere Beiträge liefern kann und auch den Einstieg in eine private kapitalgedeckte Rentenversicherung erleichtert.
- Für umlagefinanzierte Rentensysteme gibt es grundsätzlich drei Möglichkeiten:
 - Lohnbeiträge der Erwerbstätigen erhöhen
 - Rentenleistungen kürzen
 - Renteneintrittsalter erhöhenAlle Möglichkeiten besitzen politische Sprengkraft und gewisse praktische „Stolperfallen“, die beachtet werden müssen, falls ihre Wirkung nicht konterkariert werden soll.
- [56] Wirtschaftswachstum über Produktivitätssteigerung („hochproduktive Hochlohnarbeit“) kann theoretisch alle Rentenprobleme lösen. Der Generationenvertrag basiert dann verstärkt auf lebenslanger Bildung, damit die Berufstätigen mit den Anforderungen der Arbeitswelt Schritt halten können, es wird dann aber auch zu einer Aufteilung der Berufstätigen in hochproduktive und weniger produktive kommen (Schere). Das bisherige Wirtschaftswachstum hat viele Rentenprobleme einfach nur „verdeckt“.
- Kapitalgedeckte Systeme lösen das Problem nur scheinbar. Angespartes Alterskapital kann jeweils nur auf die dann aktuell angebotenen Produkte und Dienstleistungen zugreifen. In einer demografisch gealterten Wirtschaft kann Arbeit anstelle von Kapital zu einem knappen Produktionsfaktor werden. Pflege kann aufgrund von Arbeitskräftemangel sehr teuer werden und das angesparte Kapital entwerten. Eine gezielte Investition in demografisch jüngere Schwellenländer ist ethisch problematisch („junge und ärmere Bevölkerungen finanzieren sozusagen die Renten reicher, alter Europäer“). Kapitalgedeckte Systeme erzeugen zudem einen sehr hohen Rendite- und damit Wachstumsdruck. Auch erzeugen sie im Alter eine erhöhte Ungleichheit (Schere zwischen Menschen mit niedrigen und hohen Ersparnissen). Fazit: Auch kapitalgedeckte

Systeme weisen demografische neben den finanzpolitischen Risiken auf und sind empfindlich abhängig vom Wirtschaftswachstum.

- [60] Die Ausdehnung der formellen und informellen Lebensarbeitszeit nach oben („produktives Alter“) erscheint als einzige nachhaltige und generationengerechte Strategie, die nicht wachstumsorientiert ist. Diese Arbeitsleistung muss nicht ausschließlich monetär erbracht werden. Informelle familiäre und außerfamiliäre Arbeiten werden auch heute schon oft von älteren Menschen bis in hohe Lebensalter geleistet.
- Nach dem Sozialethiker Hans Ruh erscheint eine Neuaufteilung menschlicher Tätigkeiten sinnvoll:
 - monetarisierte Arbeitszeit (Halbtagsstelle als Norm)
 - Freizeit und Ich-Zeit, Selbstentfaltung
 - Reproduktionszeit (alle Aktivitäten rund um künftige Generationen)
 - Eigenarbeit (Erbringung „privater“ Arbeitsleistungen wie Haushalt etc.)
 - Sozialzeit (Engagement für Dritte)mit fließenden Übergängen zwischen diesen Zeiten und altersbedingt unterschiedlicher Aufteilung in jeder Lebensphase. Der rentenbezogene (monetäre) Generationenvertrag muss durch einen sozial-solidarischen (nicht-monetären) Generationenvertrag ergänzt werden.

Gesundheitswesen als kosteneffizientes Solidarsystem mit Eigenverantwortung

Hans-Peter Studer

- [65] Das Gesundheitswesen ist einer der wenigen verbliebenen Wachstumsmärkte (USA: 16 % des BIP). Die Gründe für die steigenden Gesundheitsausgaben sind vielfältig: Alterskrankheiten, lebensstilverursachte Krankheiten, zunehmende soziale Ungleichheit, medizinischer Fortschritt, Organisation des Gesundheitswesens („Verantwortungsdreieck“ aus Versicherten, Krankenkasse und Leistungserbringern), Gewinninteressen. Der Gewinn an Lebensqualität ist hingegen oft nicht adäquat im Verhältnis zu den Kosten (schlechter Grenznutzen). Das Wirtschaftswachstum schafft sich hier z. T. seinen eigenen Teufelskreis.
- Sowohl Leistungserbringer als auch -empfänger sollen Anreize erhalten, Leistungen auf ein optimales Maß zu beschränken und den Akzent von Krankheit auf Gesundheit zu verlagern. Eigenverantwortung und Solidarität bei hohen Freiheitsgraden kombinieren.
- [68] Patientenseitig sind Kostenbeteiligungen sinnvoll, die auch für untere Einkommensschichten tragbar sein müssen. Vorschlag gesplittete Prämie: Eine Hälfte als Solidaritätsanteil in den Risikotopf aller Versicherten, die andere Hälfte auf ein persönliches Gesundheitskonto. Ausgaben werden zunächst vom persönlichen Konto bestritten, erst wenn dieses leer ist, wird der allgemeine Risikotopf angezapft. Das Gesundheitskonto hat eine Obergrenze: Sobald es voll ist, fällt diese Hälfte der Prämie weg. Die Eigenverantwortung wird dabei doppelt gefördert: Versicherte hinterfragen den Nutzen von teuren Gesundheitsleistungen (Kosteneffizienz) und erhalten Impulse, die eigene Gesundheit zu fördern.
- [69] Seitens der Leistungserbringer dürfen Anreize nicht zulasten der Qualität gehen und müssen beim Faktor Gesundheit (statt Krankheit) ansetzen. Vorschlag Hausarzt-Modell: Patienten müssen ihren Hausarzt/ihre Hausärztin oder – besser noch – ein entsprechendes Netzwerk als Erstanlaufstelle wählen. Dafür gibt es eine risikoabgestufte Budgetgutschrift (Fachwort „Capitation“) → netzwerkbezogenes Gesamtbudget. Aus diesem Budget müssen alle Leistungen und die Teilnahme an Qualitätszirkeln gedeckt werden. In der Schweiz ließen sich die Kosten so um 20 bis 30 % senken, bei gleichbleibender Patientenzufriedenheit. Die in einem Netzwerk zusammengeschlossenen Ärztinnen und Ärzte sind bestrebt, eine optimale statt einer maximalen Medizin zu praktizieren, weil dann in der Regel die Budgetgutschrift höher als die Kosten ausfällt.
- Notwendige Bedingungen bei Capitation-Modellen sind:
 - Die individuellen Budgetgutschriften müssen risikogerecht ausgestaltet werden.
 - Es muss eine Schiedsstelle (Ombudsmann/frau) geben und die Möglichkeit, das Netzwerk ggfs. wieder zu verlassen.
 - Vorgeschriebene Qualitätszirkel für den Erfahrungsaustausch und Qualitätszertifikate für das Netzwerk.
- Bewusster Umgang mit Gesundheit, Krankheit, Sterben und Tod: Den Schwerpunkt von der Geräte- und Pharmamedizin zurücknehmen, die Patienten und Patientinnen wieder ganzheitlicher sehen, mehr Zeit widmen, mehr Gesundheitsvorsorge, Eigenverantwortung sowie Sicherheit und Selbstkompetenz im Umgang mit Krankheiten vermitteln. Ausgewogenes Miteinander von Schul- und Komplementärmedizin. Entspannter Umgang mit Sterben und Tod, um auch für das Leben wieder neue Dimensionen zu gewinnen.
- Eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum schafft dann auch wieder Raum für bessere Arbeitsbedingungen, Beachtung von Schutzanforderungen, Verringerung gesundheitsschädlicher Arbeits- und Lebensbedingungen, wo heute vordergründige wirtschaftliche Interessen oft stärker gewichtet werden. Auch mehr soziale Gleichheit ist der Gesundheit förderlich (Verweis auf Pickett/Wilkinson 2010).

Bildung fürs Leben

Christine Ax

- [77] Nicht nur das materielle, sondern auch das immaterielle Vermögen einer Gesellschaft kann wachsen. Bildungshunger ist uns angeboren. Die wichtigsten Entscheidungen über Bildungsbiografien fallen in der Kindheit, daher ist Bildungspolitik auch Sozial- und Familienpolitik. Aber Menschen sind bis ins hohe Alter bildungsfähig.
- In Bildungssystemen findet Bewertung und selektive Weitergabe statt. Bildung ist nicht zweckfrei, sondern hat immer (und zu Recht) einen interessegeleiteten Kern. Unser gegenwärtiges Bildungsverständnis ist aber einseitig „wissenszentriert“ und vernachlässigt viele Fähigkeiten, die Menschen zu einem ganzheitlichen, glücklichen Leben befähigen. Die „Wissensgesellschaft“ kann daher alleine keine Antwort sein, sie braucht als Ergänzung eine „Könnensgesellschaft“.
- [79] Soziale Unterschiede fördern Statuskonsum und materiellen Konsum. Für eine Postwachstumsgesellschaft mit einem geringeren Stellenwert materieller Güter brauchen wir mehr Gleichheit und zudem Kompetenzen, um das Leben wieder ganzheitlicher selbst gestalten und genießen zu können.
- Noch immer bestimmt die soziale Herkunft die Bildungschancen mehr als Begabung. Insofern muss Bildungspolitik vor allem auch durch Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ergänzt werden.
- Bildung spielt eine Schlüsselrolle in der Postwachstumsgesellschaft:
 - Bildung ist Voraussetzung für nachhaltiges Handeln.
 - Bildung erlaubt uns Selbstentfaltung und damit Glück.
 - Insbesondere musische, soziale und handwerkliche Kompetenzen machen nachhaltiger „reich“ als Konsum.
 - Bildung fördert Partizipation.
- Grundzüge einer Bildung in einer Postwachstumsgesellschaft könnten sein:
 - Förderung der Bildungsfähigkeit aller Kinder von klein auf: Massive Investitionen in den Vorschul- und Grundschulbereich sowie in Ganztagschulen.
 - Gleichwertigkeit von theoretisch, lebenspraktischen, berufsbildenden auf der einen und musischen, ästhetischen Inhalten auf der anderen Seite.
 - Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Bildungsarbeit, gerade auch ältere.
 - Verbesserung der sozialen Durchlässigkeit.
 - Vielfalt der Angebote und lebenslanger Zugang zu diesen.
 - In der Forschung ein fachlicher Schwerpunkt „Nachhaltige Entwicklung“.
- Selbst wenn Bildung teuer ist, so lohnt sie sich als Investition in die Zukunft der Gesellschaft. Zur Finanzierung Vermögensabgaben auf Bildung. Bildung kann auch im Gesundheitssystem Kosten sparen durch mehr Zufriedenheit.

Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung

Norbert Reuter

- [85] Positiven gesellschaftlichen Effekten des Wachstums steht steigende Umweltbelastung gegenüber. Entkopplung gelingt allenfalls relativ. Herkömmliches Wachstum darf deshalb (zumindest für Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen) kein Ziel mehr sein. Führt jedoch fehlendes Wirtschaftswachstum nicht zum „Zusammenbruch“ der Wirtschaft? Es gibt zwei Megatrends in solchen Ländern: Trend zur Dienstleistungsgesellschaft (Sektorenwandel nach Fourastié) und Trend abnehmender Wachstumsraten.
- [86] Der Sektorenwandel ergibt sich nach der Theorie von Fourastié aus der Kombination von permanentem Produktivitätsfortschritt sowie Sättigungstendenzen im ersten und zweiten Sektor, wodurch immer mehr Beschäftigung im dritten Sektor entsteht, der aber – zum Glück – weder einem nennenswerten Produktivitätsfortschritt noch einer Sättigung unterliegt und somit unendlich wachsen kann.
- [89] In allen fortgeschrittenen Gesellschaften gibt es einheitlich einen klaren Trend zu abnehmenden Wachstumsraten. Die theoretische Begründung lieferte bereits Keynes (drei Phasen): „Wirtschaftswunderphase“, Übergangsphase (sinkende Nachfrage, höhere Sparquote), Sättigungsphase (stationäre Wirtschaft). Um hohe Arbeitslosigkeit in der dritten Phase zu vermeiden, schlug Keynes staatliche Steuerung (Konsumimpulse) und ein Umsteuern in Richtung „Zeitwohlstand“ vor (Arbeitszeitverkürzung).
- [92] Sowohl die Prognose von Fourastié als auch von Keynes haben sich als zutreffend erwiesen, das „Goldene Zeitalter“ aber ist für viele nicht zu spüren: Hohe Arbeitslosigkeit und große Einkommens- und Vermögensungleichheiten. Ursachen: Mangelnde Expansion des Dienstleistungssektors, zu wenige öffentliche Arbeitsplätze, unzureichende Verkürzung von Arbeitszeiten. Letzteres erfordert vor allem Qualifizierung. Klassisches Wachstum wieder anzukurbeln ist illusionär, es gibt zu viele praktisch erfahrbare Gegenargumente, als dass es gelingen könnte, von den ökologischen Folgeproblemen ganz abgesehen.
- [94] Der dritte Sektor muss vor allem auf öffentliche Dienstleistungen setzen. Neoliberale Entfesselungsstrategien („mehr Markt“) brachten eher negative Ergebnisse (Qualitätsverlust, schlechte Bezahlung). Skandinavische Länder geben die Richtung vor: Staatsnahe Dienstleistungen mit vielen,

dinavische Länder geben die Richtung vor: Staatsnahe Dienstleistungen mit vielen, qualitativ hochwertigen und gut bezahlten Arbeitsplätzen. Zur Stärkung der privaten Nachfrage ist dabei eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen erforderlich.

- [97] Dienstleistungswachstum ist das vergleichsweise ökologischste Wachstum, der Energieverbrauch je Euro Wertschöpfung beträgt beispielsweise nur einen Bruchteil des produzierenden Gewerbes.
- Ausweitung des Dienstleistungssektors plus Arbeitszeitverkürzung als sinnvolle Doppelstrategie. Gute Erfahrungen mit Kurzarbeit während des Wachstumsrückgangs (2008/2009). Forcierte Umsetzung über ein breites Instrumentarium. „Green new deal“ für eine Renaissance des industriellen Sektors unrealistisch, da Schwerpunkt Produktionsumstellung ist und nicht zusätzliche Produktion. Hat auch bisher schon wenig bewirkt.
- [99] Der Industriesektor wird weiter zurückgehen bezüglich Wertschöpfung und Beschäftigung, daher stärkere Rolle des Staates und höhere Staatsquote notwendig, dafür höhere Staatseinnahmen erforderlich: Steuerreform mit höherer Besteuerung von Gewinnen, Vermögen, Erbschaften, hohen Einkommen und mit höheren Ökosteuern (Ressourcen, Verschmutzung). Ziel ist eine ökologischere, gerechtere Postwachstumsgesellschaft mit mehr Zeitwohlstand.

Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors

Inge Røpke

- [103] Konsum und Wachstum bedingen einander, mit verheerenden ökologischen Auswirkungen und Verteilung Ungerechtigkeit zwischen dem Globalen Norden und Süden. Daher diesen Wachstumsmotor untersuchen und mögliche Veränderungen vorschlagen.
- [104] Was ermöglicht diesen überbordenden Konsum? Billige fossile Energieträger und eine Machtstellung der industrialisierten Länder gegenüber den Entwicklungsländern: Billige Rohstoffe und Arbeit. Weitere starke Kraft ist der marktwirtschaftliche Wettbewerb: Kostenreduktion vor allem durch höhere Arbeitsproduktivität (bei steigenden Löhnen, Voraussetzung des Konsums wie des Wohlfahrtsstaates) und ein breites Spektrum von Maßnahmen der Absatzförderung (technologischer Fortschritt, Werbung, generelle Kommerzialisierung des Lebens und des öffentlichen Raumes).
- [107] Steigende Ansprüche und „Lock-in-Effekt“ als Stützen des Konsums: Werden neue Güter häufig zunächst als extravagant wahrgenommen, wird ihr Gebrauch mit der Zeit zur Norm. Mitunter werden Produkte und Lebensstandard so stark in die Gesellschaftsstruktur integriert, dass sie einerseits faktisch unverzichtbar werden, andererseits Einschränkungen hervorrufen (Beispiel Auto: Zersiedelung, Verlust lokaler Infrastruktur). Institutionen (Beispiel Steuersystem), aber auch Statusdenken und soziale Riten können solche Verhaltensmuster fördern und stützen. VerbraucherInnen werden an ressourcenintensive Lebensstile gebunden (Lock-in).
- [108] „Glaubenssätze“ stützen den Konsum ebenfalls: Technischer Fortschritt = sozialer Fortschritt, „gesunde“ Märkte und „gesunder“ Wettbewerb, Umweltschutz durch Effizienz.
- [109] Nutzen und Kosten: Der enorme Rohstoffverbrauch bietet wohlhabenden Konsumenten viele Vorteile, der damit verbundene Lebensstil wird in Entwicklungs- und Schwellenländern kopiert:
 - Individuelle Unabhängigkeit (kleinere Familien, mehr Wohnraum)
 - Mobilität
 - Ernährung
 - Bequemlichkeit („die drei C’s“ comfort, cleanliness, convenience)
 - Intensivierte Zeitnutzung
 - Abwechslung und NeuheitenDie Schattenseiten:
 - Umweltauswirkungen (kurzfristig Gesundheit, Fruchtbarkeit, Verlust von Naturräumen, langfristig Zerstörung von Klima und Ökosystemen)
 - soziale Verwerfungen (Auflösung von Sozialstrukturen, Stress, Zivilisationsschäden).Empirisch ist eine Einkommensschwelle feststellbar, jenseits derer die Zufriedenheit nicht mehr groß ansteigt. Statt dessen bestimmt vor allem die gesellschaftliche Gleichheit die Lebensqualität (Verweis auf Pickett/Wilkinson 2010).
- [111] Den Wachstumsmotor stoppen. Selbstverstärkende Mechanismen lassen ihn bemerkenswert rund laufen. Gegenmaßnahmen:
 - Beziehungen des globalen Systems ändern (globale wirtschaftliche Gerechtigkeit)
 - Ehrliche Preise für Ressourcen
 - Nutzung von Gütern ändern: Nutzen statt besitzen, gemeinsamer Besitz
 - Verkaufsförderung einschränken: Werbung einschränken, Kommerzialisierung des öffentlichen Raums bremsen
 - Regionale Wirtschaftsräume fördern, z. B. durch Regionalwährungen
 - Soziale Ungleichheiten reduzieren, z. B. Arbeitsmarktabkommen und Steuerreform

- Langsamere Lebensrhythmus und Ausweitung des informellen Sektors
- Mehr öffentlicher und weniger privater Besitz: Öffentliche Güter besitzen eine geringere Ressourcenintensität

Warum die Verteilung Gerechtigkeit, nicht aber Wachstum braucht

Matthias Möhring-Hesse

- [117] Die kollektive Erfahrung der „Wohlstandssteigerung für alle“ in der sozialen Marktwirtschaft hat maßgeblich zu ihrer Akzeptanz beigetragen. Seit dem Ende des rasanten Wirtschaftswachstums (1970er Jahre) nimmt statt dessen die Ungleichheit stärker zu. Das legt zunächst die Schlussfolgerung nahe: Gerechte Verteilung braucht Wachstum.
- [119] Die Verteilung von Reichtum folgt nicht einfach seiner Produktion, sondern die Produktion von Reichtum hängt ebenso von der Verteilung ab (Leistungsanreize, Leistungsträger). Darauf basiert auch die wohl bekannteste zeitgenössische Gerechtigkeitstheorie von John Rawls: Nur wenn durch eine Ungleichverteilung das Volumen des zu verteilenden Reichtums gemehrt werden kann, profitieren alle von dieser Ungleichverteilung, ist also die Gesellschaft gerecht. Rawls' Dialektik von gerechter Verteilung und volkswirtschaftlichem Wachstum folgen wohl die meisten der verteilungspolitischen Positionen, allerdings in zwei typischen Spielarten, die grob vereinfacht nach ihrer Toleranz für soziale Ungleichheiten unterschieden werden können:
 - Die „liberale Spielart“ nimmt mehr Ungleichheit in Kauf, um über den Leistungsanreiz sozusagen die produktive, innovative Seite des Wachstums anzukurbeln.
 - Die „sozialdemokratische Spielart“ möchte mehr Einkommen in untere Regionen lenken, um über die Kaufkraft sozusagen die konsumptive Seite des Wachstums anzukurbeln, plus Investitionen in öffentliche Güter (Bildung, Infrastruktur, technischer Fortschritt), die ebenfalls Konsum und Wachstum fördern. Trotz ihrer Opposition stabilisieren sich beide Positionen in ihrer Wachstumsfokussierung und stellen die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit ohne Wachstum nicht.
- [121] Das volkswirtschaftliche Leistungsniveau kann man nicht direkt beeinflussen, da es das summarische Ergebnis einzelwirtschaftlicher („egoistischer“) Aktivitäten ist. Bereits von Hayek argumentierte: Eine *bestimmte* gerechte Verteilung lässt sich unter diesen Bedingungen nicht *bewusst* erzielen. (Wirtschaftswachstum allerdings auch nicht, dieses ist ebenfalls ein Ergebnis vieler einzelwirtschaftlicher Aktivitäten. Viel zu komplex für Steuerung, dennoch ein beliebtes Feld der Wirtschaftspolitik: „Wachstumsimpulse“. Aber eigentlich kein sinnvolles Ziel.) Noch einmal von Hayek: Verteilung entzieht sich auf diese Weise der beabsichtigten Steuerung und ist deshalb weder gerecht noch ungerecht – sie „widerfährt“ den Menschen wie das Wetter.
- Die Verteilungsfrage ist allerdings anders gelagert als Wirtschaftsleistung und Wachstum: Zwar kann kein einzelner und auch kein kollektiver Akteur eine *bestimmte* Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums „herstellen“. Die Verteilung ist aber deshalb nicht jeder Beeinflussung entzogen, sondern basiert auf der *gesellschaftlichen Ordnung* (Verfasstheit) insbesondere von Markt und Staat, den beiden dominanten Verteilungsstrukturen. Deren Ordnung kann und muss immer wieder neu ausgehandelt und unter dem Aspekt der Gerechtigkeit überprüft werden. Der „gesellschaftliche Wille“ muss dabei nicht mit dem (mutmaßlichen) individuellen Willen nach „Mehr“ übereinstimmen, auch wenn man darauf klugerweise Rücksicht nehmen sollte.
- [123] In einer demokratischen Gesellschaft erfordern Chancengleichheit und gerechte Teilhabe eine gewisse materielle Grundlage. Zugleich darf niemand mit seinem großen Besitz diese *gleichberechtigte Einflussnahme* zu seinen Gunsten aushebeln können („ein Genug für alle, kein Zuviel für Jedermann“). Wirtschaftswachstum ist für dieses „Genug“ und damit für Demokratie und eine demokratiegerechte Verteilung nicht grundsätzlich erforderlich. Eine Ungleichheit wird dabei aus Klugheitsr erwägungen jedoch zugelassen (Leistungsanreiz). Es geht um eine *realistische Verwirklichungschance* einer gesellschaftlichen Beteiligung und die dafür erforderlichen materiellen Güter. Für die Realisierung gibt es verschiedene Wege, ein notwendiges Instrument wird aber eine staatlich garantierte Mindestsicherung sein.
- [125] Die Verteilung bezieht sich aber nicht nur auf Einkommen und Vermögen, sondern vor allem auch auf öffentliche Güter: Beratung, Unterstützung, Begleitung und andere soziale Dienste müssen in ausreichender Menge und Qualität zugänglich sein. Deren Finanzierung erfordert Einschränkungen beim individuellen Konsum, entlastet aber gleichzeitig die Verteilungsdebatte, da öffentliche Güter Ungleichheit in der Einkommensverteilung bis zu einem gewissen Grad kompensieren können.
- [126] Verhindert werden muss eben auch, dass Einzelne zu viel haben („Macht des Geldes“). Das ist für demokratische Gesellschaften mit ihren marktförmig verfassten Volkswirtschaften keine leichte Aufgabe. Möglichst bei der Entstehung ansetzen (gar nicht erst so groß werden lassen). Volkswirtschaftliche Relevanz von Geldvermögen zurückdrängen. Hohe und progressive Steuern.

Unternehmen ohne Wachstumszwang: Zur Ökonomie der Gemeingüter

Gerhard Scherhorn

- [129] Nachhaltige Entwicklung bedeutet einen Strom von Erträgen bei Erhaltung des Kapitals (der Substanz), nicht nur des produzierten Wirtschaftskapitals, sondern vor allem des Natur- und Sozialkapitals. Dieses steht mehrheitlich allen Menschen zu: Gemeingüter. Die Ökonomie der Gemeingüter verlangt Nutzungsbegrenzung (Rationierung) oder Wiederherstellung (Ersatzinvestitionen). Dafür fehlen derzeit Regeln, weshalb es auf Kosten der Gesellschaft (Externalisierung) zu einer Übernutzung kommt, die für Konsumenten und Produzenten gleichermaßen attraktiv ist.
- [131] Nutzen, nicht Kosten externalisieren: Wenn auf mit externalisierten Kosten erkaufte Wachstum verzichtet wird, kann das über die Erhaltung von Gemeingütern hinaus zu ihrer Verbesserung führen („Kultivierung“, Beispiele Wasser, Bildung, Beschäftigung), d. h. der Nutzen wird externalisiert. Internalisierung wird die Preise erhöhen, Absatz und Gewinn vermindern und diesen Teil des Wachstums wegfallen lassen. Wachsen kann nur die jeweils nachhaltigere Produktion, dabei müssen Reboundeffekte vermieden werden. Nicht nachhaltige Produktion (und das ist der größte Teil) muss schrumpfen, und diese Schrumpfung wird wohl nicht durch nachhaltiges Wachstum kompensiert werden (Beispiel Solarenergie).
- Das Ziel Wachstum des Sozialproduktes als solches muss zugunsten des Zieles Nachhaltigkeit aufgegeben werden. Dafür brauchen wir Regeln.
- [133] Primat des Kapitals: In der heutigen Unternehmensverfassung und Bilanzierung werden alle Kosten gleichgestellt, sie schmälern den Gewinn, den zu steigern das Ziel jeder Geschäftsführung ist. Daher ist Kostensenkung ebenfalls ein Ziel. Dabei wird vernachlässigt, dass es Kosten gibt, die wert- oder substanzerhaltend sein können, indem sie die beanspruchten Gemeingüter erhalten oder gar kultivieren. Deren Reduzierung ist unerwünscht. Beispiele Recycling, Emissionsvermeidung, Erschließung erneuerbarer Energien, Gesundheit am Arbeitsplatz, Weiterbildung – kurz: nachhaltige Bewirtschaftung des Naturkapitals und nachhaltigkeitskonforme Gestaltung des Sozialkapitals. Diese Kosten unterliegen natürlich dem Wirtschaftlichkeitsgebot, dürfen aber nicht unter die „Nachhaltigkeitsgrenze“ gesenkt werden. Sie sind Ersatzinvestitionen.
- [134] Die Umsetzung des Konzepts substanzerhaltender Kosten wird dabei helfen, den Vorrang der Kapitalakkumulation aufzulösen. Dazu ist die Erfolgsrechnung von Unternehmen (GuV) umzubauen von:
Verkaufserlöse - Zinsen - Vorleistungen - Löhne - Material - Steuern - Sozialaufwendungen
= Werterhöhung des Anlagen und Umlaufkapitals + Rückstellungen + Einkünfte der Kapitaleigner
zu einer Gleichrangigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital:
Verkaufserlöse - Kosten für Fremdkapital, Verbrauchsmaterial und Vorleistungen für die laufende Produktion - Aufwendungen für Ersatzinvestitionen ins Anlagekapital - Aufwendungen zur Erhaltung des Natur- und Sozialkapitals
= Werterhöhung des Anlage- und Umlaufvermögens + Werterhöhung des Natur- und Sozialkapitals + Rückstellungen + Einkünfte der Arbeitnehmer + Einkünfte der Kapitaleigner
- Der (nachrichtlichen) Position „Aufwendungen für die Erhaltung des Natur- und Sozialkapitals“ würde die Position „Werterhöhung des Natur- und Sozialkapitals“ entsprechen. Kapitaleigner und Arbeitnehmer wären dann prinzipiell gleichrangige Mitglieder des Unternehmens. Beteiligung am Unternehmensrisiko über einen variablen Lohnanteil, Betriebsrat als Vertretung.
- [136] Kapitalismus oder Marktwirtschaft: Kapitalgesellschaften genießen ein Haftungsprivileg, und in Verbindung mit der freien Handelbarkeit der Kapitalanteile, die unkompliziert Beteiligungen ermöglicht, ist dies die Ursache für die endlose Kapitalakkumulation. Letztlich sind nicht die vielen kleinen und mittleren Unternehmen der Motor der Kapitalexpansion, sondern die wenigen großen. Der Kapitalismus wird von Vorgängen getrieben, die sich an der Spitze abspielen. Marktwirtschaft ist nicht Kapitalismus, denn gerade vom Kapitalismus wird der Markt immer wieder umgangen (Bedingungen für „ungleiche Tauschgeschäfte“ schaffen). Die „Bindungslosigkeit des großen Kapitals“ in eine verantwortliche Haltung überführen. Fehlende ökologische und soziale Rechenschaftspflichtigkeit führt zur „perfekten Externalisierungsmaschine“, die dann auch die kleinen und mittleren Unternehmen zur Externalisierung zwingt. Ziel: Über die Marktverfassung einen externalisierenden Wettbewerb verhindern, über die Unternehmensverfassung das Primat des Kapitals verhindern und so sicherstellen, dass große Unternehmen die Macht verlieren, die demokratischen Entscheidungsprozesse in ihrem Sinn zu lenken.
- Freier und nachhaltiger Wettbewerb statt nur freier Wettbewerb. Dazu die Externalisierung von Kosten in die verbotenen Wettbewerbshandlungen nach §§ 3-4 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) aufnehmen. Dieses Gesetz soll verhindern, dass Unternehmen die Nachfrager durch bloß vagespiegelte eigene Leistungen für sich gewinnen. Raubbau an Gemeingütern ist ein solcher Fall. ((Anmerkung Siemoneit: Dieser Vorschlag ist mittlerweile ausgedehnt auf den Eigentumsparagrafen § 903 BGB, siehe www.nehmenundgeben.de/nachhaltiger_wettbewerb)) Flankierend sollten Vereinbarungen zwischen Unternehmen, die einander eine Internalisierung von Kosten zusichern, vom Kartellverbot ausgenommen werden.

- [139] Auf diese Weise könnte der Markt im Rahmen seiner Selbstregulation gegen die jeweils weniger nachhaltigen Produktionsverfahren und Produkte vorgehen und den Verzicht auf die Preis- und Qualitätsvorteile der Externalisierung erzwingen, viel effektiver als mit behördlichen Verfügungen.
- Der Zwang zur Externalisierung für kleine und mittlere Einzelunternehmen und Personengesellschaften sowie nicht gewinnorientierte Unternehmen wird damit erlöschen. In Kapitalgesellschaften hingegen ist über vier Privilegien ein Impuls zur Externalisierung eingebaut:
 - Beschränkte Haftung führt zu größeren Einflussmöglichkeiten gegenüber der Politik
 - Freie Handelbarkeit von Anteilen ermöglicht Anlegern einen schnellen Wechsel zu schneller wachsenden Unternehmen
 - Beteiligungen ermöglichen große Konzerne und Machtkonzentration
 - Gleichstellung mit natürlichen Personen ermöglicht absetzbare Wahlkampf- und Parteispenden zur Einflussnahme
 [Hier folgen eine ganze Reihe von Einzelvorschlägen zu Änderungen an Geld-, Unternehmens- und Marktverfassung]

Finanzmärkte und Aufgabe der Banken

Thomas Jorberg

- [145] Gerade *wegen* der Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems stellt sich die Frage nach dem Ordnungsrahmen. Enormen Produktivitätssteigerungen durch Mechanisierung und Automatisierung steht eine Erwerbsarbeitslosigkeit gegenüber, wesentliche Ursache von Armut. Kapitaleinsatz hat Arbeitseinsatz ersetzt. Ferner Ausweitung des Konsums über immer neue „Bedürfnisse“. Voraussetzungen: günstige fossile Energie, natürliche Ressourcen und billige Arbeitskräfte im Süden. Der historische Normalfall „knappe Güter und Dienstleistungen, unbegrenzter Kapazitätsfaktor Natur“ hat sich völlig geändert: Natur als Knappheitsfaktor. Begrenzung und Bepreisung notwendig.
- [147] Überangebot von Kapital: Die freie Schöpfbarkeit von Geld hat zu einem Überangebot von Geld geführt, das immer weniger in den Konsum oder in reale Investitionen fließt. Geld ist über Preissteigerungen von Anlagegütern (asset price inflation) in der Lage, sich seine Nachfrage selbst zu generieren. Die Folge sind Spekulationsblasen. Anlage- und Renditedruck wirken auf Unternehmen als starker Wachstumstreiber, zu einem angebotsinduziertem (statt nachfrageinduziertem) Wachstumszwang, der durch die Vermögensinflation weiter geschürt wird. Kurz: Spekulation führt immer zu Wachstum.
- Von ihrer einzig sinnvollen Aufgabe, realwirtschaftliche Investitionen zu finanzieren, haben sich die Banken weit entfernt. Nur eine konsequente Änderung des ordnungspolitischen Rahmens kann im Nachhinein die Risikoübernahme in Höhe von Hunderten Milliarden Euro durch den Staat legitimieren. Welche Leistungen der Finanzmärkte dienen der Realwirtschaft, und welche sind nur „Selbstzweck“?
- Unmittelbar der Realwirtschaft dienende Produkte: Versorgung mit Zahlungsmitteln und Kapital, d. h. Einlagen, Kredite, Zahlungsverkehr, Beschaffung von Eigenkapital durch Beteiligungsgesellschaften, Emissionen und Teile des Investment Bankings. Diese Bereiche sind in den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich stark reguliert worden. Etwa 90 % aller Finanzmarktregulierungen beziehen sich auf diesen sinnvollen Bereich, in dem Großbanken allerdings nur noch rund 10 % ihres Gewinns erzielen.
- Mittelbar der Realwirtschaft dienende Produkte: Eine ganze Reihe derivativer Finanzinstrumente wie z. B. Swaps dienen mittelbar der Realwirtschaft, indem sie „reale“ Risiken absichern. Abgrenzung von rein abstrakten Produkten schwierig, daher hier besonders Regulierung und Kontrolle notwendig.
- Nicht der Realwirtschaft dienende Produkte: Wo immer Geld mit Geld allein verdient wird, mit Hilfe von tatsächlichen, vermuteten und oft selbst beeinflussten Preisänderungen. Hier hat überdurchschnittlich viel Deregulierung stattgefunden, und hier ist die wesentliche Ursache der Finanzkrise zu finden. Hier werden Schäden produziert und das Wachstum angetrieben. Solche Produkte sind zu verbieten.
- [150] Maßnahmenvorschläge für einen Finanzmarkt als Dienstleister der Realwirtschaft:
 - Unmittelbar realwirtschaftliche Produkte deregulieren, mittelbar realwirtschaftliche Produkte regulieren und kontrollieren, nicht realwirtschaftliche Produkte verbieten.
 - Inflationsmessungen auf Vermögenswerte ausdehnen und ggfs. mit geldpolitischen Entscheidungen eindämmen.
 - Rating-Agenturen aus der Entwicklung von Finanzprodukten heraushalten. Bonitätsprüfungen um soziale und ökologische Kriterien ergänzen.
 - Mehr Transparenz von Banken und Finanzinstituten.
 - Offshore-Finanzplätze bekämpfen.
 - „Systemrelevante“ Institute oder Produkte in ihrer Größe begrenzen, z. B. durch begrenzende Strukturkennziffern.
- Zusätzliche eine breite Aufklärungskampagne zu finanzwirtschaftlichen Themen. Bewusstseinsbildung. Die Barrieren für die notwendigen Veränderungen bestehen in unseren Köpfen und möglicherweise Herzen von uns allen.

Faire und effiziente Steuerpolitik

Lorenz Jarass

- [155] Trotz maßgeblicher Veränderungen ist unser Steuersystem noch so wie zu Zeiten des Wirtschaftswunders organisiert: Nationale Ökonomie mit hohen Wachstumsraten. Wie soll die Aufteilung zwischen öffentlichen und privaten Gütern sein, welche Steuerquellen sind zu entlasten und welche neu zu erschließen?
- Wer finanziert den deutschen Staat? 2000-2010 sind die Nettolöhne real leicht gesunken, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind hingegen um mehr als 25 % gestiegen. [Viele Zahlen zur Größenordnung verschiedener Steuerarten] Die tatsächliche Steuerbelastung von Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen lag 2008 deutlich unter 20 %, die Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitnehmerentgelten seit Jahren über 45 %.
- [158] Das deutsche Steuersystem lädt geradezu dazu ein, Unternehmen aufzukaufen und zu zerschlagen: Die Kredite für den Kauf werden dem aufgekauften Unternehmen aufgehalst, die Schuldzinsen mindern drastisch den Gewinn und damit die Steuerbelastung. Die Schuldzinsen werden an Finanzinstitute in Niedrigsteuerländern transferiert. Die konstant hohe Schuldzinsenbelastung macht die Unternehmen anfällig für wirtschaftliche Schwankungen, häufig endet das Ganze mit einer Ausschachtung und Zerschlagung. Ergebnis: Export von Arbeitsplätzen wird steuerlich begünstigt und Schaffung von Arbeitsplätzen diskriminiert. Wichtig wären Maßnahmen, die langfristige Investitionen begünstigen, weg von der Begünstigung von Schuldzinsen hin zu besseren Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen.
- Die Steuerstruktur muss dahingehend geändert werden, dass der Kapitaleinsatz angemessen besteuert wird, sowie dass Energie- und Ressourcenverbrauch stärker besteuert werden. Umweltschädigende Subventionen abbauen. Konsequenz: Steuern erheben.
- Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen: Unterschiedliche Bemessungsgrundlagen und Steuersätze innerhalb der EU machen das System verwundbar: Internationale Konzerne machen Aufwendungen in Hochsteuerländern geltend und Erträge in Niedrigsteuerländern. Nationale Unternehmen haben diese Möglichkeit nicht. Daher wird vorgeschlagen, die *Wertschöpfung* konsequent am *Sitz der Betriebsstätte* zu besteuern (an der „Quelle“). Das wäre strukturell einfach und umgehungsresistent.
- Vermögen: Vermögen werden in Deutschland derzeit nicht besteuert, und auch für die Erträge aus Vermögen gibt es diverse Schlupflöcher, z. B. durch Ausweisung als Wertsteigerung. Vorschlag: Vermögensteuer von 1 % jährlich auf das zu Verkehrswerten bewertete Nettovermögen. Erbschaftsteuer vereinfachen und vereinheitlichen.
- Löhne entlasten: Die Belastung von Löhnen mit Steuern und Abgaben ist zu hoch. Eine bessere Steuerpolitik könnte den Wachstumsdruck mindern. Vorschlag: Alle gesetzlich vorgeschriebenen Sozialabgaben steuerlich absetzbar machen, im Gegenzug die Subventionierung privater Vorsorge wieder einschränken.
- Sozial-ökologische Steuerreform: 2007 entfielen in D'land 5,7 % Abgabenlast auf Umweltabgaben und 54,5 % auf die Arbeit. Die Sozialversicherungsbeiträge dürfen nicht länger primär durch die Belastung der Arbeitseinkommen gedeckt werden, sondern müssen stärker von der gesamten in Deutschland erwirtschafteten Wertschöpfung getragen werden.

Ressourceneffiziente Wirtschaftsentwicklung unter dem Primat ökologischer Ziele

Bernd Meyer

- [167] Passen Wachstum und das normative Politikkonzept der Nachhaltigkeit zusammen – und wenn ja, wie? Einziger Weg: Absolute Entkopplung. Denn Wachstumsbegrenzung gefährdet gerade für D'land die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die deutsche Wirtschaft ist mit ihren Produktionskapazitäten und den Fähigkeiten ihrer Beschäftigten hoch spezialisiert und auf den internationalen Austausch angewiesen.
- [169] Tim Jackson und andere Kritiker der Entkopplungsstrategie halten dem entgegen, dass historisch Wachstum immer mit steigendem Ressourcenverbrauch verknüpft gewesen sei. Aber: Eine absolute Entkopplung ist bis heute noch nie ernsthaft und prioritär versucht worden. Politikinstrumente erforderlich, denn diesen Weg schlägt die Wirtschaft nicht „von selbst“ ein. Ökologische Ziele erreichen, ohne die Marktprozesse und den Wettbewerb in Frage zu stellen.
- Auf der Emissionsseite anzusetzen, wie in der aktuellen CO₂-Diskussion, ist problematisch, denn der Verbrauch wird damit nicht automatisch gedrosselt (Ausweichstrategien). Grob kann man sagen, dass die Industriestaaten ihren Ressourcenverbrauch bis 2050 um den Faktor 10 senken müssen, global (alle Länder) um den Faktor 2 (auf 50 %). [Kleine Rechnung] Somit muss die durchschnittliche globale Zuwachsrate der Ressourcenproduktivität pro Jahr 4 bis 4,5 % betragen. Beobachtet wird in D'land derzeit eine Zuwachsrate der Ressourcenproduktivität von 1,5 %. Das ist die umweltpolitische Herausforderung.
- [172] Instrumente:
 - Beratungsprogramme für Unternehmen zum sparsamen Materialeinsatz. Bisher Fokus auf Arbeitsproduktivität, daher im Materialbereich erhebliche ungenutzte Einsparpotentiale.

- Besteuerung von Ressourcen, um fehlenden Marktpreismechanismus auszugleichen, der Einfachheit halber nach Gewicht. Gilt auch für Importwaren.
- Aufkommensneutralität dieser Ressourcensteuern wünschenswert, daher könnte man z. B. die MwSt. senken. Auf diese Weise werden ressourcenintensive Güter teurer und die sparsamen billiger. Auch wird Arbeit indirekt steuerlich entlastet.
- Alternative Variante: Besteuerung des Materialwertes auf jeder Fertigungsstufe (analog zur MwSt.). Hätte diverse administrative Vorteile, müsste man untersuchen und gegen die erste Variante abwägen.
- Was würde das für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft bedeuten? Hoffnung, dass sparsamerer Materialeinsatz die Ressourcensteuer weitgehend kompensiert. Allerdings drohen dann wieder Reboundeffekte. Viele Politikinstrumente zum Ressourcen- und Klimaschutz lösen aber keinen besonders starken Reboundeffekt aus, sondern führen nur zu höheren Preisen. Es kommt auf die richtige Mischung der Maßnahmen an: Bleiben die volkswirtschaftlichen Produktionskosten in etwa konstant, kann man Wettbewerbsfähigkeit ohne Reboundeffekt haben.
- [174] Im Rahmen einer Modellierung (GINFORS) wurden die Wirkungen einer kombinierten Emissions- und Ressourcenpolitik für Europa vorhergesagt. Startjahr 2005, Endjahr 2020. Modellierte Instrumente: EU-Emissionshandelssystem, Beratungsprogramme, verschiedene spezifische Ressourcensteuern, keine allgemeine Ressourcensteuer. Modell A mit diesen Instrumenten, Referenzmodell B ohne. A hatte ein etwa 4 % höheres Wachstum als B, CO₂-Ausstoß minus 12,3 %, Ressourcenverbrauch minus 15,2 %. Angesichts eines Ziels von minus 80-90 % bis 2050 natürlich bescheiden.
- Aber immerhin hat man es mal modelliert. Fazit: Eine absolute Entkopplung ist möglich, ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Europäischer Alleingang denkbar. Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Rohstoffen als Nebeneffekt. Ein Start in Europa würde Druck auf die Entwicklungs- und Schwellenländer ausüben, diesen Weg ebenfalls zu gehen. Letztlich müssen die Ziele der Klimaschutz- und Ressourcenschutzpolitik die ökonomischen Ziele dominieren. Es müssen Zeitpfade formuliert werden, deren Einhaltung jährlich zu kontrollieren ist.

Staatsfinanzen und Wirtschaftswachstum

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

- [179] Das Resultat der Finanzkrise ist, dass die Finanz- und Wirtschaftssysteme zwar einigermaßen stabilisiert sind, dafür aber die bereits vorher beträchtlichen Staatsdefizite nun noch viel höher sind. Wirtschaftswachstum gilt vielfach als Heilmittel: Höheres Steueraufkommen, geringere Notwendigkeit von Sozialleistungen, Zuversicht für Investitionen und Konsum.
- Über die dafür notwendige Haushaltspolitik gibt es Streit:
 - Sparmaßnahmen könnten Vertrauen schaffen, aber auch das Wirtschaftswachstum abwürgen.
 - Ein staatliches Ausgabenprogramm könnte Nachfrage und Investitionen steigern, aber aus Erfahrung glauben viele nicht an eine Rückzahlung der dafür notwendigen Schulden.
 Beide Varianten setzen auf Wachstum. Ein Blick zurück lehrt jedoch: Seit rund 60 Jahren ist die Wirtschaft stark gewachsen, während die Staatsverschuldung teils deutlich stärker gestiegen ist. Eine Studie zeigt, dass über Jahrhunderte Staaten ihre Verschuldung immer wieder ignoriert haben, mit der Folge von Krisen und Zusammenbrüchen. Ein „Herauswachsen“ ist unrealistisch.
- [181] Die Fixierung auf Wirtschaftswachstum beruht auf Sachzwängen und Strukturen:
 - Wirtschaftswachstum bestimmt die Kreditkonditionen der öffentlichen Hand.
 - Wirtschaftswachstum hält die Hoffnung auf Rückzahlung der Staatsschulden aufrecht.
 - Wirtschaftswachstum fängt Krisen und Schocks auf und sorgt für eine gewisse Stabilisierung.
 - Wirtschaftswachstum erleichtert die Finanzierung der weiter steigenden Sozialausgaben.
 - Unrealistische Wachstumsprognosen erzeugen unrealistische Haushaltspläne, deren Löcher dann mit weiteren Schulden gestopft werden.
 - Wirtschaftswachstum und Verschuldung ersparen Politikern hässliche Verteilungskämpfe im Kabinett und in der Gesellschaft.
 Aber nichts spricht dafür, dass man je zu den Wachstumsraten der „Wirtschaftswunderzeit“ zurückkehren kann.
- [183] Dabei werden die Kosten der Wachstumspolitik und -förderung ausgeblendet:
 - Kosten des Wachstums: Bereits Ende der 1980er Jahre wurde gezeigt, dass rund 20 % des BIP-Wachstums auf Kompensation von Umwelt- und Sozialschäden beruhen (in China derzeit rund 100 %).
 - Kosten der Wachstumsförderung: Beachtliche Ausgaben des Staates mit z. T. beträchtlichen Verteilungseffekten. Kosten-Wirksamkeits-Analysen fehlen.
- Dabei gibt es beträchtliche Potentiale für einen ausgeglichenen Staatshaushalt:
 - Umweltschädigende Subventionen abbauen (34-48 Mrd. EUR/Jahr)
 - Umsetzung von Einsparvorschlägen des Bundesrechnungshofes (21 Mrd. EUR in fünf Jahren)
 - Viele Milliarden EUR Verlust durch lasche Steuerprüfungen, insbesondere bei Banken

- Beträchtliche Einnahmepotenziale durch Schließen von Steuerschlupflöchern, Steuererhöhungen insbesondere für hohe Einkommen und Vermögen, Einführung einer Finanztransaktionsteuer.
- Wie kann der Staat sparsamer werden?
 - Partizipation der Bürgerinnen und Bürger führt zu sparsamerem Umgang (Bürgerhaushalte)
 - Direktdemokratisches Referendumsrecht für Finanzangelegenheiten (siehe z. B. in der Schweiz)
 - Schuldenbremsen
 - Absolute Begrenzung des Finanzhaushaltes
 - Pflicht zur Benennung von Gegenfinanzierungen
- Bislang war jedenfalls Wirtschaftswachstum immer auch ein bequemes Mittel, um sich nicht mit haushaltspolitischem Schlendrian befassen zu müssen. Das hat nicht funktioniert und wird in Zukunft immer weniger funktionieren.

Demokratie, gleichberechtigte Bürgerschaft und Partizipation

Claudia von Braunmühl

- [189] Es herrscht spätestens seit den 1970er Jahren kein Mangel an Analysen, die das herrschende Paradigma des Wirtschaftswachstums in Frage stellen, allerdings häufig mechanistisch und technizistisch. Dabei werden üblicherweise die Dringlichkeit betont, Alternativen aufgezeigt und Umkehr angemahnt. Selten allerdings wird dabei thematisiert, wie sich die vorgeschlagenen Maßnahmen mit Freiheit, Gleichheit, individueller Entfaltung und demokratischer Selbstbestimmung verbinden. Anstelle einer positiven Debatte um Sinn und Wert herrschen Schreckensbilder und Verteilungsdrohungen vor. Beteiligung der BürgerInnen hingegen würde dem Eindruck des aufgezwungenen Verzichts entgegenwirken. Auf grundlegende demokratische Fragen gibt es derzeit noch kaum vertrauenerweckende Antworten.
- Suchbewegungen: Allenthalben finden wir Debatten über das gute Leben, Suffizienz, vorsorgendes Wirtschaften, eine solidarische Ökonomie und die Umgestaltung von Bildungsprozessen, die jeweils demokratietheoretische Aspekte aufweisen. Projekte solidarischer Ökonomie versuchen das ganz praktisch. Es geht darum, eine zerstörerische Dynamik zu überwinden und sich einen demokratisch strukturierten politischen Prozess neu anzueignen. Ein rein ökonomisch-technischer Wandel wird nicht ausreichen, die demokratische Gestaltung muss integral mitgedacht werden. Das setzt die Vision einer vom Wachstumszwang befreiten Gesellschaft voraus. Die repräsentative Demokratie wird in Zeiten der Globalisierung den demokratischen Ansprüchen nicht mehr gerecht. Der scheinbar wertfreie technisch-wissenschaftliche Fortschritt offenbart seinen politischen Charakter und damit die Notwendigkeit der Debatte. Deliberation rückt ins Zentrum: Formen einer umfassenden bürgerschaftlichen Beratung und Entscheidungsfindung.
- [192] Demokratische Deliberation: Demokratie als Lebensform, Suche nach neuen Gesellschaftsverträgen und Formen neuer politischer Gemeinschaftsbildung. Dem Wirtschaftswachstum mit seinen Fehlentwicklungen werden in diesem Diskurs lebenszugewandte und solidarische Alternativen entgegengesetzt. Deutliche Verzweigung der Debatte bei der Frage, wo Macht und Konsens zu verorten sind: Für Habermas ist eine Gesellschaft umso demokratischer, je mehr Konsens und je weniger Macht das Verhältnis prägt. Laclau und Mouffe skizzieren eine Logik des Politischen, in der Macht prozessural gebändigt ist. Für die Postwachstumsgesellschaft mit ihren absehbaren Konflikten stellt der Ansatz von Laclau und Mouffe ein anspruchsvolles, aber vielversprechendes Instrumentarium bereit. Immer wieder temporär gelöste Konflikte anstelle einer „wahren“ Bestimmung des Gemeinwohls. Ohne die Bereitschaft dazu wird ein emanzipatorischer Prozess weg vom Wachstumszwang nicht möglich sein.
- [193] Gibt es in den gegenwärtig praktizierten Formen von Bürgerpartizipation bereits Anknüpfungspunkte? Auf jeden Fall vielfältig im kommunalen Bereich, teils experimenteller Art und thematisch gebunden, teils in Gemeindereformen festgelegt. Information und Transparenz nehmen zu, Irritationen kann frühzeitig entgegengewirkt werden, Dienstleistungen können besser und zielgerichteter erbracht werden. Ob das unter dem Diktat klammer kommunaler Finanzen bis an systemische Fragen heranreicht, stellt sich unterschiedlich dar. Auf jeden Fall wächst die Tendenz der BürgerInnen, Beteiligung als wesentlichen Teil von Selbstverwirklichung und weltverbindender gesellschaftlicher Teilhabe zu verstehen.
- [195] Auf den höheren und komplexeren Ebenen sieht es karger aus. Die großen Debatten der 1990er Jahre um eine globale demokratische Weltordnung sind heute weitgehend verstummt. Niedergang der Vereinten Nationen und Aufstieg transnationaler privatwirtschaftlicher Unternehmen. Widersprüchliche Entwicklungen: Einerseits Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an Beratungen, andererseits selektive Einbindung anschlussfähiger NGO's in *Private Public Partnership* oder *Private Governance*. Bedeutsam für Forderungen an die Staaten der industrialisierten Welt: Feministisch inspirierte politische Philosophie und Diskussionen der sozialen Bewegungen nicht zuletzt in den Ländern des Südens. Insistieren auf gleichberechtigter Bürgerschaft und inklusiver Partizipation gegenüber machtvollen Akteuren.

Internationaler Blick

Vier Interviews mit in etwa den gleichen Fragen:

- Gibt es in Ihrem Land eine kritische Debatte zum Wirtschaftswachstum? Wer ist beteiligt, was sind zentrale Argumente? Wie ist die Resonanz in Öffentlichkeit und Politik?
 - Gibt es in Ihrem Land Vorstellungen, wie eine Postwachstumsgesellschaft aussehen könnte? Sind diese Ideen auf andere Länder übertragbar?
 - Welche Gegebenheiten machen eine Abkehr vom ständigen Wirtschaftswachstum in Ihrem Land besonders schwierig? Was könnte eine Abkehr befördern? Welche politischen Aufgaben dafür sind vordringlich?
 - Zu welchen Themen einer Postwachstumsgesellschaft besteht dringender Forschungsbedarf?
-
- Interview mit Serge Latouche (Frankreich)
 - Interview mit Tim Jackson (Großbritannien)
 - Interview mit Rita Trattnigg (Österreich)
 - Interview mit Juliet Schor (USA)

Verbindungslinien: Inhaltliche Zusammenhänge zwischen den Themen

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

Forschungslandkarte für eine Postwachstumsgesellschaft

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt